

Bernd Michael Uhl *** ***	6F 202/21, 6F 9/22, 6F 2/23, 6F 2/22, etc., sowie amtsseitige KV-Sonderbände zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, Rassismus Amtsgericht Mosbach, Hauptstraße 110 74821 Mosbach
---------------------------------	--

>>> 6F 9/22, 6F 202/21, etc. <<<
16.06.2026

ZUM AKTUELLEN ANLASS
 der wiederholten und kontinuierlichen AFD-Verwendungen von Nazi-Parolen, wie
 ... SA-Parole: „Alles für Deutschland !“
 .. HJ-Parole: „Jugend muss durch Jugend geführt werden !“
 immer noch im Juni 2026

Strafanzeigen gegen die
AFD-Kanzlerkandidatin und Co-Vorsitzende der AFD-Bundestagsfraktion
Dr. ALICE WEIDEL
 mit geschichtsrevisioinistischen, volksverhetzenden Aussagen
 u.a. gegenüber NS-Opfern als auch gegenüber deren Familienangehörigen
 durch herabwürdigende und verleumderische und bedrohende
 wiederholte und kontinuierliche AFD-Verwendungen von Nazi-Parolen
 immer noch im Juni 2026
an den Direktor des Amtsgerichts Mosbach Dr. Lars Niesler,
Mitglied im Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ)
der CDU Baden-Württemberg

*Sehr geehrte Damen und Herren,
 Sehr geehrter Herr Amtsgerichtsdirektor Dr. Lars Niesler,*

Eingangs- und Weiterbearbeitungsbestätigung:

Das Amtsgericht Mosbach und sein CDU-Direktor Dr. Lars Niesler persönlich werden um ordnungsgemäße Eingangsbestätigung, Sachverhaltsbenennung und Sachverhaltserläuterung bzgl. der o.g. genannten Strafanzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden und o.g. HIER dargelegten Anträge auf KONKRETE gerichtliche Prüfungen, Bearbeitungen und Zuständigkeitsverweisungen beim und ausgehend vom Amtsgericht Mosbach gebeten (a...) bzgl. nationalsozialistisch-rechtsextremistisch orientierten, demokratie- und verfassungsfeindlichen, behindertenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in und aus der AFD sowie (b...) bzgl. deutscher Rassismus-Kolonial-NS-Verbrechen (c...) bzgl. Relativierung und Verharmlosung von DEUTSCHEN Kriegsverbrechen und Völkermorden und Massenmorden, HIER INSBESONDERE bzgl. der KONKRETEN Mord-Tatbeteiligungen an den Nationalsozialistischen Völkermorden und an NS-Verbrechen in Mosbach und im Neckar-Odenwaldkreis. Das Amtsgericht Mosbach und der CDU-Direktor Dr. Lars Niesler persönlich werden gemäß § 158 StPO um ordnungsgemäße Eingangsbestätigung, Sachverhaltsbenennung und Sachverhaltserläuterung der Tatvorwürfe bzgl. der o.g. genannten Strafanzeigen GEGEN o.g. Beschuldigte gebeten.

§ 158 Strafanzeige; Strafantrag

Die Anzeige einer Straftat und der Strafantrag können bei den Staatsanwaltschaften und **Amtsgerichten** schriftlich angebracht werden. Dem Verletzten ist auf Antrag der Eingang seiner Anzeige schrift-

lich zu bestätigen. Die Anzeige und der Strafantrag sind durch die aufnehmende Stelle zu protokollieren oder auf sonstige Weise zu dokumentieren. Die Bestätigung soll eine kurze Zusammenfassung der Angaben des Verletzten zu Tatzeit, Tatort und angezeigter Tat enthalten.

**Strafanzeigen gegen die
AFD-Kanzlerkandidatin und Co-Vorsitzende der AFD-Bundestagsfraktion
Dr. ALICE WEIDEL wegen
der kontinuierlichen öffentlichen Verwendung von Nazi-Parolen im Juni 2026
im Kontext volksverhetzerischer Relativierung und Leugnung von NS-Verbrechen
als auch in volksverhetzerischer bedrohender Herabwürdigung von NS-Opfern**

Die seit Jahren bekannten strafrechtlichen Konsequenzen für die öffentliche Verwendung von Nazi-Parolen werden sowohl in den Medien als auch gesellschaftspolitisch mit Verurteilungen aus dem soziologischen, geschichts- und politikwissenschaftlichen historischen Kontext heraus öffentlich thematisiert. Bis heute im Juni 2026 distanziert sich ABER die HIER beanzeigte Dr. ALICE WEIDEL NICHT öffentlich sowohl von der eigenen Verwendung von Nazi-Parolen als auch durch AFD-Funktionäre und AFD-Mitglieder.

Laut Medienberichten im Dezember 2025 wirft der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann AfD-Chefin Alice Weidel nach einem Auftritt bei WELT TV eine weitere Radikalisierung vor. Linnemann nannte es gegenüber „Bild“ „schlimm genug“, dass ein Vorstandsmitglied der neuen AfD-Jugend das Motto der Hitlerjugend als Vorbild empfehle. Dass sie ZUDEM eine verbotene SA-Parole mehrfach wiederholt habe, sei „unerträglich“. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat AfD-Chefin Alice Weidel nach einem Auftritt bei WELT TV scharf kritisiert. „Die AfD radikalisiert sich unter der Führung von Alice Weidel und Tino Chrupalla immer mehr“, sagte Linnemann der Bild-Zeitung. „Frau Weidel entwickelt sich selbst immer mehr zum rechtsextremen Verdachtsfall.“ Ausgangspunkt ist ein Interview, das Weidel in der Sendung „BURGARD“ von WELT-Chefredakteur Jan Philip Burgard gab. Thema war die neu gegründete AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“. Burgard konfrontierte Weidel damit, dass Kevin Dorow, Mitglied im Bundesvorstand der AfD-Jugend, den Satz „Jugend muss durch Jugend geführt werden“ als Vorbild genannt hatte – ein Leitsatz der Hitlerjugend. Weidel erklärte daraufhin im Dezember 2025 **ÖFFENTLICH WAHRHEITSWIDRIG**, sie habe **ANGEBLICH** nicht gewusst, dass es sich um einen NS-Spruch handele, und fügte hinzu: „Genauso wie ‚Alles für Deutschland, Alles für Deutschland‘. Und dann, huch ja, ich verstehe den Aufreger nicht.“ Mit der Formulierung wiederholte sie eine Parole der SA, die in Deutschland als Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation verboten ist. Wegen der Verwendung dieses Spruchs war der thüringische **AfD-Politiker Björn Höcke vor kurzem und wiederholt rechtskräftig in 2025 verurteilt** worden. Laut Medienberichten u.a. im April 2025 sagt der Historiker Wagner: „Im rechtsextremen und neurechten Milieu ist man sich der NS-Symbolik sehr bewusst.“ Es sei dasselbe Muster, das der thüringer AfD- Parteichef Höcke bediente, als er sich vor Gericht habe herausreden wollen, dass er nicht wusste, dass die Parole „Alles für Deutschland“ der Leitspruch der SA gewesen sei. „Dahinter steckt System: Ins eigene rechtsextreme Lager sendet man deutliche NS-verherrlichende Signale, die so auch verstanden werden, und gegenüber der Öffentlichkeit verkauft man sich als Opfer ungerechtfertigter Kritik.“ Laut Medienberichten u.a. im Februar 2025 nutzte davon unbeeindruckt die AfD auf ihrem Bundesparteitag den zu „Alles für Deutschland“ ähnlich klingenden Slogan

„Alice für Deutschland“.

VERWENDUNG DER NAZI-STURMABTEILUNG-(SA)-PAROLE:
„ALLES FÜR DEUTSCHLAND !“:

Im Mai 2021 beendete Höcke eine Landtagswahlkampfrede in Merseburg mit der Parole „Alles für Deutschland“, einer Losung der SA. Sie ist als verbotenes Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen strafbar, wenn sie vorsätzlich in einer öffentlichen Rede vor einer Versammlung geäußert und dies zweifelsfrei nachgewiesen wird. Am 16. Mai 2023 erhob die Staatsanwaltschaft deshalb Anklage beim Landgericht Halle gegen Höcke.

Das Landgericht Halle ließ die Anklage zu, eröffnete das Hauptverfahren jedoch zunächst vor dem Amtsgericht Merseburg. Nach einer sofortigen Beschwerde der Staatsanwaltschaft verwies das Oberlandesgericht Naumburg das Verfahren an das Landgericht Halle. Am 14. Mai 2024 verurteilte dieses Höcke zu einer Geldstrafe, weil er die Parole trotz Kenntnis ihrer Strafbarkeit verwendet habe. Im Mai 2025 gab AFD-Flügelführer Höcke selbst laut Medienberichten in den letzten beiden Wahlkampfphasen etwa die SA-Parole „Alles für Deutschland“ aus. Björn Höcke, darf nach geltender Rechtsprechung öffentlich als Faschist und Nazi bezeichnet werden. Am 20. August 2025 verwarf der Bundesgerichtshof (BGH) Höckes Revision, sodass das Urteil rechtskräftig wurde.

Im September 2023 ermittelte die Staatsanwaltschaft Mühlhausen wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen Höcke. Er sollte die SA-Parole auf Telegram wiederholt haben. Bis Februar 2024 ließ das Landgericht Mühlhausen die Anklage zu. Im Dezember 2023 erwähnte Höcke den bevorstehenden Prozess in einer Rede in Halle, sagte demonstrativ „Alles für...“ und animierte das Publikum, die Parole mit dem Ruf „Deutschland“ zu vervollständigen. Deswegen erhob die Staatsanwaltschaft Halle am 21. März 2024 Anklage gegen ihn. Am 11. April 2024 ließ das Landgericht Halle diese zu und eröffnete ein zweites Hauptverfahren dazu. Höcke erklärte sich zu Beginn für „völlig unschuldig“ und behauptete, er habe nicht damit gerechnet, dass Anwesende die Parole mit dem Ruf „Deutschland“ vervollständigen würden. Am 1. Juli 2024 verurteilte das Landgericht ihn zu einer Geldstrafe. Der Bundesgerichtshof (BGH) verwarf seine Revision dagegen am 20. August 2025.

Laut Medienberichten u.a. im April 2025 haben In der sächsischen Kleinstadt Sebnitz Hunderte Menschen für einen Dachdecker demonstriert, der wegen einer rassistischen Stellenausschreibung im lokalen Amtsblatt bundesweit in die Schlagzeilen geraten war. Zu der Kundgebung hatte der bekannte Neonazi Max Schreiber von den rechtsextremen "Freien Sachsen" aufgerufen. Viele Demonstranten trugen T-Shirts mit einschlägigen Symbolen und Sprüchen der rechtsextremen Szene. Die Polizei, die mit etwa 50 Beamten im Einsatz war, leitete drei Prüfverfahren ein – unter anderem wegen T-Shirts mit der verbotenen SA-Parole "Alles für Deutschland" sowie wegen der Verwendung rechtsextremer Zahlencodes. Laut Medienberichten u.a. im Juli 2024 soll der AfD-Kreis- und Bezirksrat Martin Wieser aus Oberneukirchen auf Facebook die verbotene Nazi-Parole „Alles für Deutschland“ veröffentlicht haben. Das Amtsgericht Mühlhof erließ deshalb einen Strafbefehl über 8.000 Euro Geldstrafe wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Laut Medienberichten u.a. im Oktober 2023 plakatierte die AfD im bayerischen Landtagswahlkampf den verbotenen SA-Spruch „Alles für Deutschland“. Die Passauer Polizei nahm die Plakate mit. Konkret geht es um ein Wahlplakat des AfD-Politikers Johann Meier.

VERWENDUNG DER HITLERJUGEND-(HJ)-PAROLE: „JUGEND MUSS DURCH JUGEND GEFÜHRT WERDEN !“

Der AfD-ler Höcke hat unmittelbar auf öffentliche Kritik nach Medienberichten über dieses Posting in den Sozialen Medien hin diesen Beitrag mit dem o.g. Hitlerjugend-Leitsatz gelöscht – möglicherweise aus Angst vor einer erneuten Anklage. AUCH HIERBEI stellt sich im August 2025 NUNMEHR der ausgebildete und zwischenzeitlich im öffentlichen Dienst als Lehrkraft tätige Ex-Geschichtslehrer wieder einmal mehr als „ANGEBLICH unwissend“ dar. Bereits 2024 wurde Höcke zweimal innerhalb weniger Wochen wegen Verwendung der SA-Parole „Alles für Deutschland“ zu Geldstrafen verurteilt. Bereits in den Prozessen in 2024 sagte der Ex-Geschichtslehrer Höcke in seinem öffentlich bekannten Rechtfertigungsmuster auch schon wie erneut HIER in 2025, dass er angeblich nicht gewusst habe, dass es sich um eine Nazi-Parole handeln solle.

Politiker Kevin Dorow hat beim Parteitag der neuen AfD-Jugend als Funktionär eine Maxime verbreitet, die einst auch die Hitlerjugend nutzte. Die neue Jugendorganisation der AfD wurde am 29. November 2025 in Gießen in den Hessenhallen gegründet. Der Beisitzer Kevin Dorow forderte in seiner Bewerbungsrede, anstelle von Abgrenzung müsse man auf die Verschiebung des Overton-Fensters setzen. Im Bezug auf einen Social-Media-Post Björn Hö-

ckes zitierte er den Spruch „Jugend muss durch Jugend geführt werden“, was laut Dorow der „Leitstern“ der GD sein müsse. Da dieser Leitsatz neben der Nutzung durch die Bündische Jugend auch als zentrale Maxime aller Jugendorganisationen im Nationalsozialismus verwendet wurde, wurde der Vorfall von der Staatsanwaltschaft Gießen wegen Verdacht auf Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen geprüft. Eine Abkehr von der Radikalität der aufgelösten "Jungen Alternative" (JA) ist deren Nachfolgeorganisation nicht. Kevin Dorow wurde zum Ersten Beisitzer des "Generation Deutschland"-Vorstands in das neue AFD-Führungsremium gewählt. Er warb in seiner Kandidatenrede sogar damit für sich, so etwas wie Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Mutterpartei von rechtsextremistischen Organisationen und Institutionen zu ignorieren: "Wir distanzieren uns nicht - nicht vom sogenannten Vorfeld - nicht von denjenigen, die außerhalb der etablierten Parteistrukturen für dieselben Ziele kämpfen wie wir: Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass wir durch Abgrenzung Stärke gewinnen", sagte er auf der Bühne in der Messehalle Gießen und erntete dafür sowohl Applaus als auch ein Wahlergebnis von 88,7 Prozent. Laut Lasse von Bergen, Rechtsextremismus-Experte für die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein des Landesdemokratiezentrums, tritt Kommunalpolitiker Dorow bereits seit geraumer Zeit mit einschlägigen Äußerungen in Erscheinung. Dazu zähle der „Habitus des Burschenschaftler und ein schneidiges Auftreten“. Außerdem sei er in der bundesweiten Szene vernetzt. Dass die Aussagen auf der Gründungsversammlung Zufall waren, glaubt von Bergen nicht. „Es ist nicht das erste Mal in jüngster Vergangenheit, dass Kevin Dorow mit NS-Vokabular Aufmerksamkeit erregt“, sagt er. In einem Social-Media-Beitrag zum Volkstrauertag habe Dorow den SS-Wahlspruch „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu“ verwendet und „klassischen Geschichtsrevisionismus“ betrieben. Das Spiel mit provokanten Aussagen sei ein bewusstes Vorgehen, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Der Skandal bei der „Höcke-Strategie“ sei geplant. Verwunderlich sei lediglich der unverhohlene Gebrauch von NS-Vokabular. „Kevin Dorow gibt sich nicht einmal Mühe, das zu verschleiern.“ Das Fazit des Experten: „Kevin Dorow versucht ganz klar, den Rechtsextremismus in der Partei zu verankern. Das ist die Marschrichtung, die von ihm zu erwarten ist.“ Am 01.08.2025 forderte laut Medienberichten bereits der Thüringer AfD- Rechtsaußen - Politiker Björn Höcke (53) öffentlich in den sozialen Medien auf „X“ neuerlich mit einer gezielten Provokation unter gezielter Verwendung von Nazi-Propaganda die radikale Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) zurück. Dabei hatte seine eigene Partei diese zuvor nach der Einstufung als rechtsextrem erst vor einem halben Jahr aufgelöst, um ihrerseits einem möglichen drohenden Vereinsverbot zuvor zu kommen. Der Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke hat HIER DAMIT erneut für Kritik gesorgt, diesmal mit der Verwendung einer Parole, die als zentraler Leitsatz der Hitlerjugend gilt. In diesem Social-Media-Beitrag vom 01.08.2025 sprach der HIER Beschuldigte AFD-ler Höcke über die künftige Ausrichtung der „Jungen Alternative“ (JA), dem Nachwuchsverband der AfD, und griff dabei den Satz „Jugend muss durch Jugend geführt werden“ auf – berichtet von der „Welt“ und dokumentiert im demnächst erscheinenden Buch „Höcke (ab 15.09.2025). Ein Rechtsextremist auf dem Weg zur Macht. Die AfD und ihr gefährlichster Vordenker“. Der HIER Beschuldigte Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke hat in seinem Social-Media-Beitrag eine Parole verwendet, die als zentraler Leitsatz der Hitlerjugend gilt. Das berichtet die "Welt". In dem Posting vom 01.08.2025 schrieb er: "Jugend muss durch Jugend geführt werden". Höcke bezog sich in seinem Beitrag auf die derzeit aufgelöste Nachwuchsorganisation der AfD, die Junge Alternative (JA), und plädierte für deren Wiedergründung. Er schrieb, die JA könne "wie ein Phönix aus der Asche auferstehen" und forderte dabei, den Verband ohne enge Vorgaben arbeiten zu lassen. Ursprünglich in der völkisch-nationalistischen Jugendbewegung der Weimarer

Republik verbreitet, wurde der Spruch von der Hitlerjugend übernommen und zu einem zentralen Propagandamotto ausgebaut. In der NS-Zeit stand er für das Führerprinzip innerhalb der Jugendorganisationen wie der HJ oder Bund Deutscher Mädel. Ziel war es, die Jugend im nationalsozialistischen Sinn zu erziehen, zu absolutem Gehorsam, bedingungsloser Hingabe und Unterstützung des NS-Regimes.

Diesen historischen Zusammenhang der Parole mit der NS-Organisation erwähnte der Ex-Geschichtslehrer AFD-ler Höcke jedoch nicht. Historiker widersprechen dieser Darstellung des HIER Beschuldigten AFD-lers Höcke. Historiker wie Gideon Botsch von der Universität Potsdam sehen darin eine bewusste Verharmlosung: Der Satz sei untrennbar mit der NS-Propaganda verbunden und stehe für ein autoritäres, antidemokratisches Weltbild. Eine Orientierung am „Führer“-Prinzip, wie sie in der HJ praktiziert wurde, widerspreche den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie und wäre verfassungswidrig. Botsch warnt zudem vor einer gefährlichen Gleichsetzung von demokratischen Jugendverbänden mit autoritären Strukturen. Während die Jugendorganisationen demokratischer Parteien ihre Vorstände frei wählen, wurden HJ-Führer von oben eingesetzt und waren der Parteiführung unterstellt. Schon die Idealisierung des "Jugendführers" in der Bündischen Jugend sei elitär, autoritär und antidemokratisch gewesen. Deswegen habe die Hitlerjugend den Leitsatz leicht für ihre Zwecke übernehmen können. Gideon Botsch, Politikwissenschaftler an der Universität Potsdam, sagte, Höcke greife HIER bewusst einen zentralen Begriff nationalsozialistischer Propaganda auf. Höcke äußerte sich auf Nachfrage nicht zu den Vorwürfen gegen die gezielte öffentliche Bedienung und Nutzung des Leitsatzes der Hitlerjugend "Jugend muss durch Jugend geführt werden", der in der NS-Zeit als Propaganda für das Führerprinzip innerhalb der Jugendorganisationen wie der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel diene. Ziel war es damals, Jugendliche zu absolutem Gehorsam, bedingungsloser Hingabe und bedingungsloser Unterstützung des NS-Regimes zu erziehen. Die Losung sollte angepassten Jugendlichen die Möglichkeit geben, Führer in der Hitler-Jugend zu werden und andere fast gleichaltrige Jugendliche zu befehligen.

>>> SIEHE AUCH: Die Material- und Zitatsammlung, Beweissammlung u.a. aus historischen, politischen, zivilgesellschaftlichen, juristischen, wissenschaftlichen Quellen und Medienberichten... benannt von der HIERZU involvierten Mosbacher Amtsrichterin Marina Hess selbst unter 6F 202/21 und 6F 9/22 am 17.08.2022 unter...

<http://nationalsozialismus-in-mosbach-baden.de/>

Mit freundlichen Grüßen, Bernd Michael Uhl